

rotchinesischer Verbände gegen die UNO-Säuberungsaktion in Korea eine einwandfreie kommunistische Aggression.

**Salve nach Salve.** Erst nach dem Essen antwortet Wu. Auf Korea geht er nicht ein. Statt dessen jagt er eine 40 Seiten lange Anklagerede gegen die „amerikanische Invasion auf (Tschiangs Refugium) Formosa“ in schnellstem Chinesisch durch die Uebertragungsanlage:

„Lange ehe Christoph Kolumbus Amerika entdeckte, waren die Chinesen bereits auf Formosa. Warum kommen die Amerikaner 8000 km über den Pazifik in unsere Küstengewässer? Um den Frieden zu sichern? Fahren wir mit einer ähnlichen Begründung vor die Küste von Kalifornien?“

„Würde ein Bürgerkrieg in Mexiko Großbritannien das Recht geben, den US-Bundesstaat Florida zu besetzen? Konnte Italien aus dem spanischen Bürgerkrieg das Recht ableiten, über die französische Insel Korsika herzufallen?“

Salve nach Salve feuert Wu ab. Während Austins Rede hat er in einem tadellosen schwarzen Anzug dagesessen wie eine gespannte Feder. Nur ein leichtes Zittern seiner Knie verrät seine Erregung. Jetzt ist er am Zug:

„Mr. Austin behauptet, die USA hätten keinen Angriff auf chinesisches Gebiet unternommen. Nun gut. Aber wo ist denn jetzt die 7. US-Flotte? Ist sie auf dem Mars? Nein! Die 7. US-Flotte ist immer noch vor Formosa, also in chinesischen Gewässern.“

Als Wu seine Rede beendet hat, kommen gerade die ersten neuen Zeitungen in den Saal. Ihre Schlagzeilen: „Mäassenangriffe rotchinesischer Truppen in Korea“, „MacArthur sagt: Ein vollkommen neuer Krieg.“ Wu hat im rechten Augenblick gesprochen.

Am 30. November versucht der Sicherheitsrat zurückzuschlagen. Aber der Antrag auf den sofortigen Rückzug Rotchinas aus Korea fällt dem 43. Sowjet-Veto zum Opfer.

**30 Minuten im Waldorf-Astoria.** In diesem Augenblick startete Indiens Delegierter Sir Benegal Rau seinen Versuch, mit den Delegierten Maos in ein wirkliches Gespräch zu kommen. Schon glaubte die Welt, aufatmen zu können, als Wu den um 19 Jahre älteren Inder auf 30 Minuten im Waldorf-Astoria empfing.

Am 2. Dezember folgte Wu einer Einladung Raus zum Essen. Am 4. Dezember war er mit Rau zusammen Gast bei Trygve Lie. Am nächsten Tag sah ihn der britische Chefdelegierte Sir Gladwyn Jebb an seinem Tisch.

Aber zu politischen Gesprächen kam es kaum. Wu hatte offensichtlich Vergnügen am gesellschaftlichen Spiel. Er trank herzlich mit. Er liebte es, über Philosophie zu plaudern oder von seinen Soldatenerfahrungen zu erzählen. Zwischendurch sah er sich in einem Kino den nach Rudyard Kiplings Buch „Kim“ gedrehten Film an.

Überall erschien Wu mit größerem oder kleinerem Erfolge. Neben ihm war immer sein Chefberater Tschiao Kuan-hua zu sehen. Der Sekretär des Pekinger Politbüros galt als Wus ideologischer Schatten. Aber er brauchte nie einzugreifen, Wu wich öffentlich nie von der Linie ab.

Die Unterhaltung mit ihm war nicht ganz leicht. Wu sprach nur chinesisches. Auch seinen Mit-Delegierten hatte er verboten, dem Westen englisch oder französisch entgegenzukommen. Dafür bereitete er der kleinen Gruppe chinesischer Uebersetzer bei der UNO eine große Freude. Sie konnten während seiner einzigen öffentlichen Rede erstmals in Funktion treten. Tschiangs Vertreter sprechen immer englisch.

Am 6. Dezember glaubte der unverdrossene Benegal Rau, seinem Friedensziel

näher zu sein. Er überreichte dem rotchinesischen Unterhändler den von 13 asiatischen Nationen ausgearbeiteten Vermittlungsvorschlag, nach dem sich Mao nur noch verpflichten sollte, seine Truppen nicht über den 38. Breitengrad vorrücken zu lassen. Wu nahm freundlich lächelnd entgegen.

Da wurden die neuesten Zahlen aus Korea bekannt. Die UNO-Kommission schätzte amtlich die chinesischen Truppen in Korea auf mindestens 230 000 Mann.

**Nicht zur gleichen Zeit.** Benegal Rau ließ sich noch nicht entmutigen. Aus gelegentlichen Bemerkungen Wus glaubte er, herausgehört zu haben, daß China zwar eine Regelung in Korea von der Lösung der Formosa-Frage und der Zulassung Rotchinas zur UNO abhängig mache. Aber



... 8000 km über den Pazifik  
Wu, Tschiao (l.)

das alles brauche ja nicht unbedingt zur gleichen Zeit zu geschehen. Benegal gab seinen guten Glauben unter der Hand weiter.

Da teilte Wu am 7. Dezember Chinas endgültige Forderungen mit:

- Rückzug aller ausländischen Truppen aus Korea. Die chinesischen Freiwilligen fallen nicht darunter.
- Abzug der 7. US-Flotte aus den Gewässern um Formosa und der amerikanischen Militärmission auf Formosa.\*
- Zulassung Chinas zur UNO.
- Teilnahme Chinas an den Friedensverhandlungen mit Japan.

\*) Insgesamt sind bei Tschiang Kai-schek auf Formosa zur Zeit 44 amerikanische Militär- und Zivilberater.

Wertvolle Wochen waren umsonst verstrichen. Im nordkoreanischen Brückenkopf Hungnam tobten bereits Straßenkämpfe gegen die hart bedrängten Amerikaner. Die ersten kommunistischen Truppen überschritten den 38. Breitengrad.

Am 19. Dezember war die Mao-Delegation wieder auf dem Idlewild-Flugplatz. Neben den 17 mitgebrachten Lederkoffern standen noch weitere Kisten, Koffer und Bündel, insgesamt 1800 kg schwer. Inhalt: Anzüge, Kameras, technische Geräte aller Art und Bücher über die amerikanischen Streitkräfte, über Atomforschung und eines über Etikettefragen. Die Gebühr für die Ueberfracht betrug 1621,39 Dollars. Wu ließ sie mit bankfrischen Noten bezahlen. Vorher hatte schon jeder der beiden amerikanischen Taxifahrer für den kurzen Weg vom Waldorf-Astoria zum Flugplatz je einen Hundert-Dollar-Schein erhalten.

Sir Benegal Rau winkte mit zum Abschied. Vielleicht würde Wu wenigstens in Peking auf die Annahme des Feuer-einstellungs-Vorschlags dringen, den Rau als Mitglied des Dreier-Ausschusses mitgearbeitet hat. Rau wurde wieder enttäuscht. Nach dreimaliger telegrafischer Anmahnung lehnte Tschou En-lai ab. China sei an keine UNO-Resolution gebunden, da es nicht Mitglied der Vereinten Nationen sei.

Als am 30. Dezember General Wu auf dem Pekinger Flugplatz landete, bereiteten sich in Korea nordkoreanische und chinesische Verbände gerade darauf vor, zum zweiten Male innerhalb von drei Monaten und etlichen Tagen Söul im Sturm zu nehmen.

## AUSLAND

### VOLKSDEUTSCHE

#### Sind eine Schande

Herbert Cieslar hat sich umsonst in 41 Tagen 22 Pfund abgefasset. Auch der zweite Hungerstreik des 30jährigen Angestellten der Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen in Linz hat den 300 000 Vertriebenen aus Südosteuropa in Oesterreich keine Hilfe gebracht. Die durch seine freiwillige Abmagerungskur angeregte Anfrage der Unabhängigen-Fraktion im Nationalrat, was denn die österreichische Bundesregierung zu tun gedenke, blieb bisher praktisch ohne Ergebnis.

Cieslar, „echter“ österreichischer Forstbeamtensohn, kein „Volksdeutscher“, will ein Sondergesetz für alle deutschsprechenden Heimatvertriebenen durchsetzen helfen. Es soll alle, die in Oesterreich ihren ordentlichen Wohnsitz haben, den österreichischen Staatsbürgern gleichstellen. Nur das allgemeine Wahlrecht soll ihnen vorbehalten bleiben.

Die Regierung der zweiten österreichischen Bundesrepublik will die volksdeutschen Vertriebenen aus Südosteuropa nicht anerkennen, obwohl ein großer Teil von ihnen vor dem ersten Weltkrieg k.u.k. Staatsbürger war. Sie will sich an der „Rechtslage“ festhalten: Ein „befreites“ Land zu sein und keine Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu haben.

**Armes Oesterreich.** „Es gibt überhaupt keine Volksdeutschen-Frage bei uns“, versichert für die Regierung mit Nachdruck der zuständige Sachbearbeiter des Innenministeriums Dr. Alfons Just. Es müßten nur Wohnungen für 50 000 Menschen beschafft werden. Das Geld dazu aber habe das arme Oesterreich nicht, es müsse aus dem Ausland kommen.

„Das Problem ist kein volksdeutsches, sondern ein österreichisches“, glauben es

die Vertreter der Jungen Front der Oesterreichischen Volkspartei (ÖVP - katholisch-sozial) besser zu wissen. Durch den Krieg habe Oesterreich 600 000 Menschen verloren. Es bedürfe dringend einer Blutaufreinigung, die am besten aus den Reihen der volksdeutschen Flüchtlinge komme. Außerdem habe Oesterreich seit Gluck, Stifter und Mahler bis zu dem eben verstorbenen Bundespräsidenten Karl Renner immer seine besten Kräfte aus dem sudestdeutsch-böhmischen Raum bezogen.

„Die Lösung der volksdeutschen Frage ist der Prüfstein für die staatspolitische Reife und die moralische Haltung Oesterreichs“, erhebt sich der „Verband der Unabhängigen“. Seine, neofaschistische Neigungen verdächtigten Vertreter sprechen schon seit Jahren für die Flüchtlinge und für die ehemaligen Pö's. Dieser Tatsache verdanken sie ihre Volkstümmlichkeit.

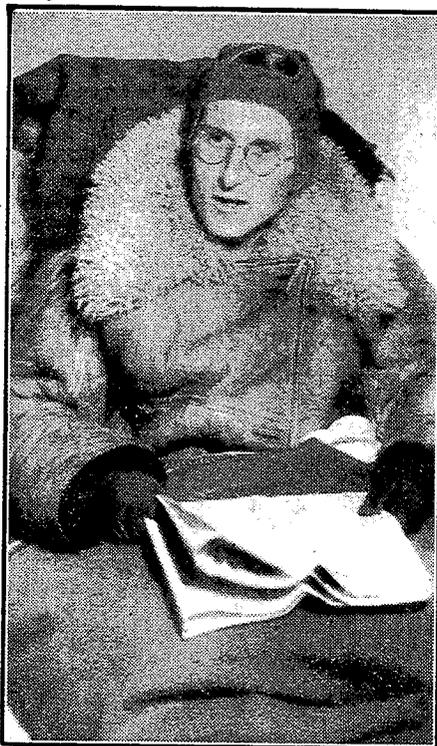
Die Volksdeutschen bleiben die Parias, die Stiefkinder. Wenn es darum geht, ihnen die Gleichstellung vorzuenthalten, sind sich die rot-schwarzen Regierungsparteien, Sozialdemokratie und Volkspartei, ausnahmsweise sogar einig.

„Die Flüchtlinge wollen das Pferd von hinten aufzäumen“, drückt das Ministerialrat Just aus. „Mit der Gleichstellung ist doch nichts getan. Man muß zuerst wissen, wie die volksdeutschen Flüchtlinge einzubauen sind und mit welchen Mitteln.“

Jurist Just beruft sich auf das Potsdamer Abkommen. In ihm wurde Deutschland ausdrücklich zur Aufnahme der Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei, aus Polen und Ungarn verpflichtet. Ueber die Flüchtlinge aus Jugoslawien und Rumänien wurde nichts bestimmt.

„Außerdem gehört das DP-Problem in Oesterreich zu den Artikeln, über die sich die Großen Vier nach dreijährigen Staatsvertrags-Verhandlungen immer noch nicht einigen konnten und dessen Behandlung sich die Besatzungsmächte im Kontroll-Abkommen ausdrücklich vorbehalten haben. Zuerst bestanden die Alliierten auf dem Abtransport der Volksdeutschen, sie führten auch die Transporte selbst durch. Dann wurden Ende 1946 die Transporte ‚vorübergehend‘ eingestellt. Sie wurden nie wieder aufgenommen.“

**In Erdhöhlen.** Es gibt in Oesterreich noch 106 volksdeutsche Flüchtlingslager, davon mehr als die Hälfte in der US-Zone. Erwin Machunze, einst sudetendeutscher Gewerkschaftsfunktionär, heute Nationalrat der ÖVP, hat sie soeben besucht. Sein Urteil: Die Lager sind eine Schande.



Hungerkur  
Herbert Cieslar

Im Lager Leibnitz hausen 1200 Erwachsene und 700 Kinder in Baracken, die durch Holzfasertafeln in Familienabteile für jeweils vier bis sieben Personen unterteilt sind. In Regau bei Linz wohnen 118 Erwachsene und 40 Kinder praktisch in Erdhöhlen. In Salzburg werden Autowracks für 800 Schilling (120 D-Mark) als „Wohnhäuser“ verkauft. Am schlimmsten ist es im Fürsorgelager Lexenfeld, in dem Greise, Kranke und Krüppel zusammengepfert sind.

Die Elendslager kosten Oesterreich laut Staatshaushalt jährlich rund 40 Millionen Schilling (6 Millionen DM), obwohl die arbeitenden Insassen zum Teil recht hohe Mieten zahlen müssen. Dazu kommen noch einmal 31 Millionen Schilling (4,65 Millionen D-Mark) für nicht-deutsche Flüchtlingslager. Der Hauptanteil entfällt auf Verwaltungs- und Personalkosten.

Für diese Gelder möchten die Flüchtlinge sich lieber Siedlungen bauen. Aber dafür will der Staat kein Geld haben. Als schließlich mit Zuschuß des Lutherischen Weltbundes eine Sechs-Häuser-Siedlung bei Salzburg gebaut wurde, ließ sich die Stadt den Baugrund bezahlen.

Ein anderes Siedlungsvorhaben, für das aus der „Norwegenhilfe“ eine Million Schilling kamen, stößt auf psychologische Hemmnisse. Die Siedler, einst freie, wohlhabende Bauern, wollen sich nicht zu zehnjähriger Lohnarbeit in der Landwirtschaft verpflichten.

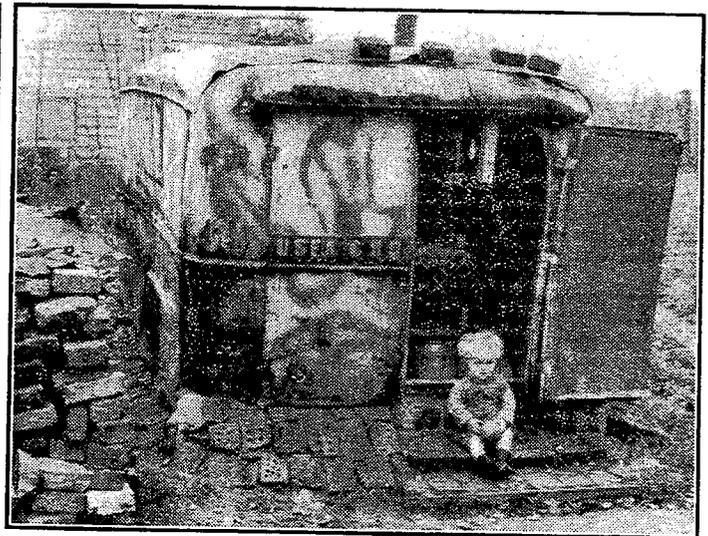
**Korbflechten verboten.** Hauptnot der volksdeutschen Flüchtlinge ist ihre arbeitsrechtliche Benachteiligung. Das Schutzgesetz für Inlandsarbeiter verweist sie, wie grundsätzlich alle Nicht-Oesterreicher, fast ausschließlich auf Land- und Bauarbeit. Jedes Arbeitsverhältnis bedarf arbeitsamtlicher Zustimmung. An manchen Orten verbieten die Innungen sogar Korbflechten und Pantoffelmachen in Heimarbeit. Sudetendeutschen Glasbläsern und Spielzeugmachern wurde nicht gestattet, ihr Gewerbe wieder aufzubauen.

„Welcher Staat, der selbst gerade in diesen Berufen Arbeitslose hat, präsentiert Flüchtlingen die besten Stellen“, versucht Ministerialrat Just zu entschuldigen. „1945 waren die Flüchtlinge froh, überhaupt hier sein zu können. Sie sollten sich heute nicht durch rein demonstrative Forderungen und demagogische Kräfte aufhetzen lassen.“

Dagegen glaubt Nationalrat Machunze ernsthaft warnen zu müssen: „Wenn es nicht gelingt, die Spannungen zu überwinden, wenn vor allem bei den zuständigen Stellen nicht der ernste Wille zu einem wirklichen Entgegenkommen vorhanden ist, dann kann die Frage zu einem Zündstoff der Innenpolitik werden.“

Aber die Regierung bleibt weiter gegenüber den Volksdeutschen gehemmt, auch persönlich gehemmt. Die meisten Kabinettsmitglieder haben die Anschluß-Zeit im KZ überdauert. Dazu kommen die Nöte aus der rot-schwarzen Koalition, alle Stellen werden in Oesterreich streng nach dem Stimmenverhältnis der beiden herrschenden Parteien vergeben. Das dient der sachlichen Arbeit keineswegs immer. Es zwingt auch die Flüchtlinge unter das Parteien-Schema.

**Wenigstens ein Bekenntnis.** Regierungssprecher Just weiß auch den Parteienstandpunkt zu begründen: „Immerhin sind schon über 100 000 eingebürgert wor-



Kosten jährlich 40 Millionen: Erdhöhlen (Regau) — Autowracks (Salzburg)

den. Man kann es der Regierung nicht übelnehmen, daß sie von jedem einzelnen wenigstens das Bekenntnis zu Oesterreich verlangt. Eine Pauschal-Einbürgerung, ein Statut würde die Gefahr mit sich bringen, volksfremde Minoritäten zu züchten."

Just, Schneiderssohn aus der deutschen Sprachinsel Iglau in Böhmen, war KZ-Häftling des Dritten Reichs.

Am 4. Juli 1950 beauftragte der Minister-rat ein Ministerkomitee „zur Vorbereitung aller das Flüchtlings- und Vertriebenenproblem betreffenden Fragen“. „Zur gegebenen Zeit“ sollte Bericht erstattet werden.

Das Komitee ernannte als „Gesprächspartner“ einen Flüchtlingsbeirat. Er wurde genau nach dem Parteien-Verhältnis besetzt: Je vier Delegierte der ÖVP und der SPÖ, die nur gebürtige Volksdeutsche sein mußten. Für die ÖVP stieg Erwin Machunze mit ein.

Am 19. September stellte der Beirat ein Zehn-Punkte-Programm auf. Es sieht keine allgemeine Gleichstellung sondern nur „Befreiungsscheine“ für Einzelfälle vor. Ausgenommen sind aber immer Angestellte und landwirtschaftliche Arbeiter. Voll erwerbsunfähige Kriegsversehrte sollen Renten erhalten, gewisse Befähigungsnachweise werden anerkannt.

Seit Oktober verhandelt das Sozialministerium über das Programm. Ge-schehen ist nichts.

**Ausnahme-Land Tirol.** Die Volksdeutschen haben den von ihnen nicht gewählten Beirat nie anerkannt. Sie haben ein eigenes, landsmännlich organisiertes Zentralkomitee und eine Zentralberatungsstelle in Linz. Außerdem gibt es ein „Bundeskomitee für Flüchtlingshilfe“ mit Vertretern der Ministerien und Verbände, das in den Bundesländern Landeskomitees unterhält. Nur die französische Zone (Tirol und Vorarlberg) hat kein Landeskomitee. Dort werden die Flüchtlinge immer noch ausschließlich von der Besatzungsmacht (mit österreichischen Geldern) betreut.



Fünf Sterne: Tassigny  
Vier Sterne: Carpentier (l.)

Die Volksdeutschen haben ebenfalls zehn Punkte präsentiert. Punkt I: Zusammenführung der durch die Grenzen getrennten Familien. 1950 sind etwa 4000 Flüchtlinge illegal über die deutsche Bundesgrenze gegangen, um zu ihren Angehörigen zu stoßen. Alfons Just hätte nichts dagegen, auch in umgekehrter Richtung und legal Familien zusammenzubringen. Aber dazu braucht er die Erlaubnis der Besatzungen.

Die Volksdeutschen wollen heim, heim in den Südosten. Oder auswandern. Aber die Auswanderungsmöglichkeiten für die Vertriebenen in Oesterreich sind praktisch die gleichen wie die für ihre Leidensgefährten in Deutschland. Am 7. September verließ der erste Transport nach den Vereinigten Staaten Salzburg. Er umfaßte sieben Personen.

## GENERALE

### Fünf, Herr General

Ab 1. Januar ist der Abtransport der französischen Familien aus Tonkin einzustellen, da keinerlei Gründe mehr für die Durchführung dieser Maßnahme vorhanden sind“, befahl Ende Dezember Frankreichs neuer Oberkommissar für Indochina, General de Lattre de Tassigny (vergl. SPIEGEL 51/1950).

Die Evakuierung war einige Wochen vorher „im Hinblick auf die militärische Lage in Nord-Vietnam im besonderen und die weltpolitische Konjunktur im allgemeinen“ angeordnet worden. Seitdem haben Ho Tsch-minhs Verbände ihre Stellungen rund um die tonkinesische Hauptstadt Hanoi ausgebaut und ihre Nadelstich-Angriffe gegen die französischen Truppen vervielfacht.

Kurz nach seiner Ankunft in Hanoi sprach Tassigny zu den Soldaten. Er erklärte: „Die Zeit des Zögerns ist vorbei, die Zeit des Handelns und des Kommandierens ist gekommen.“

Nach der Ansprache fuhr Tassigny zum Flugplatz. Sein Sonderflugzeug stand bereit. General de Lattre, als Armeegeneral, hat fünf Sterne am Käppi. Sein Vorgänger, General Carpentier, hat nur vier. Von ihm hat de Lattre das Flugzeug übernommen. Generalsflugzeuge tragen dieselben Rangabzeichen wie ihre Passagiere.

Auf dem Flugplatz nahm sich der General den Chefpiloten, einen Hauptmann, vor:

„Können Sie zählen?“

„Jawohl, Herr General!“

„Zählen Sie die Sterne auf meinem Käppi!“

„Fünf, Herr General!“

„Warum hat das Flugzeug nur vier Sterne? Vierzehn Tage Arrest für den fehlenden Stern!“

## GRIECHENLAND

### Hauptproblem: Ausrüstung

In Korea ist die erste griechische Brigade an Land gegangen. Sechs „Dakotas“ mit griechischen Piloten flogen schon seit Wochen für die UNO mit.

„Aber wir dürfen unsere eigene große Gefährdung nicht vergessen“, begleitet Marschall Alexander Papagos, Griechenlands Generalstabschef, den ersten Fern-Einsatz von Teilen seiner Streitkräfte.

Die Gefahr wird den Griechen laufend demonstriert. Noch erscheint jede Woche in Athen ein offizieller Bandenkriegsbericht von den alten Unruhezentren an der Nordgrenze. Der letzte lautete:

„Vereinzelte kommunistische Banditen tauchten in den Gebieten von Grevena und

Evros auf und raubten Bauern Brot. Verluste der Woche: Auf unserer Seite zwei Tote und drei Verwundete, sämtlich durch Unglücksfälle oder alte Minen. Kommunisten: Keine Verluste.“

Im Innern ist wieder Ruhe in Griechenland. Aber etwa 18 000 Rebellen gingen über die Grenzen. Der größte Teil wird heute in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen von Sowjet-Instrukteuren gedrillt. In Bulgarien stellten griechische Agenten in der Gegend von Plowdiw fünf Brigaden mit je über 500 Mann fest, davon eine, die zum Fallschirm-Absprung bereitstand.



Im Ernstfall...  
Marschall Papagos

Von den etwa 28 000 verschleppten griechischen Kindern sind heute rund 6000 im wehrfähigen Alter. Insgesamt muß Griechenland mit mindestens 20 000 ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten eigener Nationalität auf fremdem Boden rechnen.

„Griechenland ist der offensive Stützpunkt der Amerikaner gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien“, werden die Kominform-Blätter nicht müde zu behaupten. Der griechische Generalstab plant keinen Angriff. Er kann es gar nicht. Von acht Millionen Griechen starb durch Krieg und Bürgerkrieg eine halbe Million. Das sind mehr als sechs Prozent.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs sollte die griechische Armee auf 80 000 Mann reduziert werden. Als der Konflikt in Korea ausbrach, wurde die Demobilisierung gestoppt. Die Griechen haben noch rund 125 000 Mann unter den Waffen 40 Prozent ihrer Staatsausgaben oder 11 Prozent ihres Volkseinkommens geben sie dafür aus.

„Im Ernstfall könnten wir eine Armee von 500 000 ausgebildeten Soldaten aufstellen“, schätzt Marschall Papagos. „Aber für ihre Ausrüstung sind wir fast ausschließlich auf die Hilfe unserer Freunde angewiesen. Hier liegt unser Hauptproblem.“

„Unsere Freunde“ sind Amerikaner und Eriten. Sie lieferten bisher alle Waffen. Die USA allein gaben Kriegsmaterial für 36 Millionen Dollar. Aber damit ließen sich bestenfalls 80 000 Mann ausstatten. Die überschüssigen 40 000 bis 50 000 Mann warten noch. Bis neue und mehr US-Waffen kommen.